

ZÜRCHER
FREISINN
Wir machen Zürich stark!
Im Gespräch mit André Müller

André Müller ist Präsident der FDP Ortspartei und der Rechnungsprüfungskommission Uitikon-Waldegg und seit 2015 Mitglied des Kantonsrats. Seit 8. Mai steht er der Fraktion als deren Präsident vor. Er ist 1973 in Waltenschwil (AG) geboren und ist seit seinem Abschluss an der Universität St. Gallen im Jahr 1999 und der Harvard-Universität im Jahr 2005 nun als Managing Director bei einer Bank tätig.

Seite 9

Ja zur OECD-Mindeststeuer

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über die OECD-Mindeststeuer ab. Die FDP setzt sich für ein Ja ein, damit das Geld in der Schweiz bleibt und die Standortattraktivität gestärkt werden kann. Nationalrätin Daniela Schneeberger erläutert, wie die Aufteilung der zusätzlichen Einnahmen zwischen Bund und Kantonen die Folge eines austarierten Kompromisses ist.

Seite 18

Besuchen Sie den digitalen «Zürcher Freisinn» unter www.fdpzh-freisinn.ch/ oder schauen Sie gleich hier rein! Die digitale Ausgabe des «Zürcher Freisinn» ist keine 1:1 Kopie der gedruckten Version, sondern bildet zusätzliche Inhalte ab. Auch ein wenig Spiel und Spass soll in der Politik ihren Platz finden.

Hier geht's zum digitalen «Zürcher Freisinn»:


Achtung: AI ist da – und wird bleiben
Editorial von Hans-Jakob Boesch

In einer Welt, in der technologischer Fortschritt die Grundlage für Wohlstand und Entwicklung bildet, steht die Schweiz vor einer neuen Ära der Innovation: Künstliche Intelligenz (KI) ist gekommen, um zu bleiben. Doch wie bei jeder bahnbrechenden Technologie birgt AI* sowohl Chancen als auch Risiken. Aus einer liberalen Perspektive betrachtet, wollen wir die Auswirkungen von AI auf die schweizerische Gesellschaft und Wirtschaft beleuchten und uns mit aktuellen Herausforderungen wie Energieversorgung, innere und äußere Sicherheit, Fachkräftemangel, Klimawandel und Wohnungsnot auseinandersetzen. Darüber hinaus ist es wichtig zu untersuchen, ob und inwieweit eine Regulierung von AI erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die gesamte Bevölkerung von dieser technologischen Entwicklung profitieren kann.

Die Auswirkungen von AI auf Gesellschaft und Wirtschaft sind bereits spürbar. KI bietet die Möglichkeit, effizientere Prozesse zu schaffen, die Produktivität zu steigern und den Lebensstandard zu verbessern. In der Schweiz, einem Land, das auf Innovation und wirtschaftliche Stabilität setzt, eröffnet AI neue Chancen für Unternehmen und Arbeitskräfte. Automatisierung und maschinelles Lernen können repetitive Aufgaben übernehmen,



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

was den Menschen ermöglicht, sich auf kreative und anspruchsvollere Tätigkeiten zu konzentrieren. Die Nutzung von AI in Bereichen wie der Medizin ermöglicht Fortschritte in der Diagnostik und Behandlung von Krankheiten, was die Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung verbessern kann.

Gleichzeitig müssen wir uns der Risiken bewusst sein, die mit der zunehmenden Verbreitung von AI einhergehen. Eine der drängendsten Fragen betrifft die Arbeitswelt. Während AI Jobs automa-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10 Unsere Schwerpunkte im Wahlkampf
- 11 Sei Teil der FDP-Wahlkampagne
- 12/13 Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis im Doppelinterview
- 15 Nachruf auf Elisabeth Kopp
- 16 Demokratie mit Zukunft – Buch zur Entstehung der modernen Schweiz
- 17 Ausblick auf die Sommersession
- 18 Ja zur OECD-Mindeststeuer
- 19 Für ein wirksames Klimagesetz
- 21 Ein Tag im FDP-Generalsekretariat
- 22 Anne Hiltbold ist neue Staatsrätin in Genf
- 23 Vermischtes



Ohne Mut kein Erfolg

Die Schweiz braucht mehr Freisinn

Liebe Freisinnige

Unsere Partei ist die bürgerlich-liberale Kraft, die Verantwortung für dieses Land übernimmt, anstatt Polemik zu verbreiten. Seit über 175 Jahren basieren der moderne Bundesstaat und das Erfolgsmodell Schweiz auf den liberalen Werten der FDP: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt. Wir sind die politische Partei, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird. Dazu gehören Gestaltungswillen und Zuversicht. Und es braucht Mut. Ohne Mut gibt es keinen Erfolg!

Sorge tragen zu den liberalen Werten in diesem Land

Wir sorgen für eine krisenfeste Schweiz, damit wir in Sicherheit leben und jederzeit genug bezahlbare Energie haben. Wir kämpfen für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, welche die weltweit besten Löhne möglich machen. Wir stehen ein für auch in Zukunft sichere Renten. Die Volksinitiative der Jungfreisinnigen ist das geeignete Instrument dafür und führt aufgrund der besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotentials gleichzeitig zu einer Reduktion der Migration. Wir setzen uns überdies mit pragmatischen und wirkungsvollen Ansätzen für eine hochstehende und bezahlbare Gesundheitsversorgung ein. Das alles erreichen wir durch eine pragmatische und vorausschauende Politik, die sich an den Realitäten orientiert und nicht die Augen davor verschliesst. Wir lösen die Probleme, anstatt sie zu

bewirtschaften. So lamentieren wir nicht über die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir packen an und präsentieren mit der Individualbesteuerungsinitiative der FDP Frauen eine Lösung, die gleichzeitig Antworten liefert gegen den Arbeitskräftemangel und die Finanzierung der Sozialwerke. So machen wir die Schweiz stark!

Die Schweizer Politik braucht mehr Freisinn und liberale Impulse

Wir Schweizerinnen und Schweizer entscheiden am 22. Oktober, wie die Zukunft unseres Landes aussehen soll. Wer eine offene Schweiz wünscht, in der wir weiterhin für die soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln eintreten, wählt FDP. Wer nicht in einem staatlichen Bevormundungs- und Umverteilungsbiotop leben will, wählt FDP. Wer Innovation und Unternehmergeist weiterhin als Wurzel und Ausgangspunkt des Erfolgsmodells Schweiz betrachtet, wählt FDP.

Ich lade Sie ein zum Tag der FDP vom 2. September. Kommen Sie nach Freiburg! Gemeinsam wollen wir die freisinnige Sache feiern und die heisse Phase des Wahlkampfes einläuten.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

tisieren kann, entstehen auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Entwicklung und Anwendung dieser Technologie. Um die potenziellen negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze zu mildern, muss die schweizerische Regierung sicherstellen, dass die Bevölkerung Zugang zu Bildung und Umschulung hat, um sich den Anforderungen einer digitalen Zukunft anzupassen.

Darüber hinaus eröffnet AI Möglichkeiten und Herausforderungen in Bezug auf Energieversorgung, innere und äussere Sicherheit, Fachkräftemangel, Klimawandel und Wohnungsnot. AI kann helfen, Energieeffizienz zu steigern, indem es den Verbrauch optimiert und erneuerbare Energien besser integriert. Im Bereich der Sicherheit können Algorithmen zur Erkennung von Mustern und Anomalien beitragen, um Bedrohungen frühzeitig zu erkennen. Gleichzeitig müssen wir jedoch sicherstellen, dass der Einsatz von AI im Einklang mit rechtsstaatlichen Prinzipien und Datenschutzbestimmungen erfolgt.

Der Fachkräftemangel kann durch den Einsatz von AI teilweise gemildert werden, indem repetitive Aufgaben automatisiert und die Effizienz gesteigert wird. Gleichzeitig muss jedoch auch in die Bildung und Qualifizierung von Fachkräften investiert werden, um sicherzustellen, dass die Schweiz

weiterhin auf hochqualifizierte Arbeitskräfte zählen kann. In Bezug auf den Klimawandel kann AI helfen, den Energieverbrauch zu optimieren, Ressourcen effizienter zu nutzen und nachhaltige Lösungen zu fördern. Bei der Wohnungsnot könnten intelligente Systeme bei der Planung und Verwaltung von städtischen Ressourcen helfen, um die Lebensqualität in Ballungszentren zu verbessern.

Was die Regulierung von AI betrifft, ist Vorsicht geboten. Eine übermäßige Regulierung könnte Innovationen behindern und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz beeinträchtigen. Stattdessen sollte der Schwerpunkt auf ethischer und verantwortungsvoller Nutzung von AI liegen. Die Entwicklung von Richtlinien und Standards in Zusammenarbeit mit der Industrie und der Forschungsgemeinschaft kann dazu beitragen, sicherzustellen, dass AI zum Wohle der gesamten Bevölkerung eingesetzt wird. Es ist wichtig, dass die Gewinne aus AI gerecht verteilt werden und niemand aufgrund des technologischen Fortschritts benachteiligt wird.

Insgesamt müssen wir die Chancen und Risiken von AI mit Bedacht betrachten. Die Schweiz hat das Potenzial, ein führender Akteur auf dem Gebiet der KI zu sein, und sollte die Vorteile dieser Technologie nutzen, um Wohlstand und Fortschritt für alle zu schaffen. Durch eine ausgewogene Her-

angehensweise an die Regulierung und Investitionen in Bildung und Qualifizierung können wir sicherstellen, dass die gesamte Bevölkerung von den Vorteilen der AI profitiert. Die Zukunft ist da, und es liegt an uns, sie mit Offenheit, Weitsicht und Verantwortung zu gestalten.

**Liberale Grüsse,
Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich**

P.S.:

Obiger Text wurde vollständig von ChatGPT geschrieben. Der Auftrag an ChatGPT lautete: «Schreiben Sie mir ein Editorial mit 4'000 Zeichen zum Thema Chancen und Risiken von AI für die Schweiz aus einer liberalen Perspektive für ein politisch interessiertes Publikum. Bitte beleuchten Sie hierbei die Auswirkungen von AI auf Gesellschaft und Wirtschaft generell sowie auf aktuelle Herausforderungen wie Energieversorgung, innere und äussere Sicherheit, Fachkräftemangel, Klimawandel und Wohnungsnot. Gehen Sie auch darauf ein, ob und welche Regulierung von AI nötig sein wird, damit möglichst die ganze Bevölkerung von dieser technologischen Entwicklung profitieren kann. Der Titel des Editorials ist «Achtung: AI ist da – und wird bleiben».

Wirtschaft

Für einen leistungsfähigen und nachhaltigen Güterverkehr

Frisches Brot am Abend, volle Regale in den Läden und die im Internet bestellte Ware möglichst noch am gleichen Tag im Briefkasten – für uns alle eine Selbstverständlichkeit, auf die wir nicht verzichten möchten. Dass dahinter eine Logistik steckt, die Lärm, Abgase und verstopfte Strassen mit sich bringt, blenden wir lieber aus. Logistik ist jedoch nicht nur ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens, sie ist auch eine tragende Säule unserer Volkswirtschaft und unseres Wohlstands.

Wie wichtig eine funktionierende Logistik ist, hat uns auch die Coronapandemie gezeigt. Plötzlich gab es leere Regale, der internationale Handel kam ins Stocken. Gleichzeitig beflügelte die Covid-19-Krise den Online-Handel, wodurch der Güterverkehr weiter zugelegt hat. Heute werden jährlich rund 94 Millionen Tonnen Güter innerhalb und durch unseren Kanton transportiert, und das zu 87 Prozent auf der Strasse. Voraussagen des Bundes zeigen im Güterverkehr bis 2040 auch we-

gen des Bevölkerungswachstums eine Zunahme der Verkehrsleistung – sprich der Tonnenkilometer – um 24 Prozent.

Das alles ist mit vielen Herausforderungen verbunden, denn der Platz bleibt knapp. Es sind dringend Lösungen gefragt, damit der Güterverkehr in Zukunft besser abgewickelt werden kann. Der Regierungsrat hat deshalb sein neues Güterverkehrs- und Logistikkonzept (GVLK) vorgestellt.

So möchten wir beispielweise mit geeigneten Massnahmen auf eine Verlagerung der Transporte auf die Schiene hinwirken. Zentral ist auch die raumplanerische Sicherung von Logistikflächen, damit diese möglichst nahe beim Endverbraucher bzw. bei den Entsorgungsunternehmen liegen. Und ganz wichtig: Wir werden Anreize schaffen für Innovationen, die dazu beitragen, Menschen und Unternehmen im bestehenden Siedlungsraum effizienter mit allem zu bedienen, was sie zum Leben und Wirtschaften brauchen.



Carmen Walker Späh

Mit dem GVLK legen wir also die Grundlage für einen leistungsfähigen und nachhaltigen Güterverkehr in unserem Kanton.

Carmen Walker Späh, Volkswirtschaftsdirektorin

Für ein starkes Zürich in Bern

Die zu Ende gehende Legislatur war geprägt von Krisen, die politische Arbeit ist anspruchsvoll. Finanzkrise, Euroschwäche, Corona, Ukraine-krieg, Inflation oder CS-Debakel prägen die De-batten. Dass viele Menschen verunsichert sind, erstaunt nicht. Doch statt den Menschen Sicher-heit zu geben, wird vielerorts die Chance genutzt, das eigene politische Süppchen zu kochen. Ver-antwortung zu übernehmen für unser Land und unsere Gesellschaft, scheint nicht mehr en vogue zu sein.

Es ist so: Der Schock sitzt tief. Wieder braucht es ein massives Eingreifen des Staates, um den Untergang einer grossen Bank zu verhindern. Und es deprimiert mich, welchen Imageschaden dies unserem Finanz- und Wirtschaftsplatz zufügt. Trotz umfassendem, unter intensivem Ringen erschaffenem Too-big-to-fail-Regelwerk war es nicht möglich, dies zu vermeiden. Dennoch und nüchtern betrachtet: Die unter höchstem Zeit-druck erarbeitete Lösung ist wohl die beste aller schlechtestmöglichen, denn sie wendet noch weit grösseres Schadenspotenzial für Volkswirtschaft und Gesellschaft ab.

Zu hoffen ist, dass es gelingt, das Vertrauen in unseren Finanzplatz wiederherzustellen. Die Lö-sung für die CS ist dazu geeignet, weitere Schrit-te müssen alle Akteure selbst unternehmen. Auch



Regine Sauter

wenn sie nicht unmittelbar von diesem Deal betroffen – leidtragend werden sie trotzdem sein, wenn sie nicht glaubwürdig eine Perspektive für einen verantwortungsvollen Finanzplatz aufzei-gen können.

Vertrauen ist auch im Wahlkampf das Schlüs-selwort. Denn auch bei den anderen Themen gilt: Wir müssen den Menschen Wege aufzeigen, da-mit sie zuversichtlich nach vorne sehen können. Wir Freisinnigen sind dazu in der Lage. Wir sa-gen nicht «man sollte», sondern «wir machen». Wir können die Stärken Zürichs weiterent-wickeln, damit unser Kanton attraktiv und sicher bleibt. Wir haben viele bewährte Kräfte und Ta-

lente, namentlich viele Frauen, die selbstbewusst, weltoffen und zuversichtlich die Zukunft gestal-ten wollen. Ich will meinen Beitrag dazu leisten und die Stärken Zürichs in Bern vertreten. Ich freue mich, wenn Sie mich dabei unterstützen.

Dem Komitee beitreten:

<https://reginesauter.ch/komitee/>

Spenden:

<https://reginesauter.ch/spenden>

Regine Sauter, Nationalrätin und Ständerats-kandidatin für den Kanton Zürich

Wohnungsnot!

Zwei Tatsachen sind unbestreitbar: Die Bevölke-rung im Kanton Zürich wächst weiter an, und es werden immer weniger neue Wohnungen gebaut.

Angebot und Nachfrage sind aus dem Lot gera-ten. Damit das Gleichgewicht wieder besteht, kann man entweder die Nachfrage reduzieren oder das Angebot erweitern.

Aktuell wird das Angebot jedoch nicht erweitert, es werden sogar noch weniger Wohnungen gebaut! Das hat verschiedene Gründe: Die Regulierungs-dichte nimmt immer mehr zu, und Vorschriften auf allen Ebenen erschweren das Bauen. Auch das Bau-bewilligungsverfahren dauert immer länger. Laut einer neuen Studie der Zürcher Kantonalbank hat im Kanton Zürich die Anzahl Tage zwischen Bau-gesuch und -bewilligung bei Wohnungsneubauten in den letzten zehn Jahren um 76 Prozent zugenom-men, in der Stadt Zürich gar um 136 Prozent («Im-mobilien aktuell», Ausgabe April 2023, ZKB).

Was sind die Lösungen?

Die links-grünen Parteien überbieten sich mit sinn-

losen Vorschlägen. Es werden Volksinitiativen lan-cierte, die ein Vorkaufsrecht für Städte und Gemein-den (auch gegenüber Privaten) oder eine kantonale Wohn-baugesellschaft mit einem Startkapital von 500 Mil-lionen Franken Steuergeldern fordern.

Nur: Damit wird keine einzige neue Wohnung ge-baut! Diese Initiativen lösen das Problem nicht – sie haben zur Folge, dass der Staat in den Markt eingreift und dadurch der Markt mit künstlich verbilligten Mie-ten noch mehr ins Ungleichgewicht gerät. Die Nach-frage wird noch grösser, das Angebot bleibt, wie es ist.

So wird die Wohnungsnot nicht gelöst!

Unsere liberalen Lösungen setzen beim Kern des Problems an. Wir wollen das Bauen wieder attrak-tiver machen und fordern konkrete Massnahmen: Abbau von Regulierungen und Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren.

Im Kantonsrat haben wir entsprechende Vorstös-se eingereicht: Erleichterung von befristeten Zwi-schennutzungen, verkürzte Fristen im Baubewilli-gungsverfahren, zonenkonforme Nutzungsänderun-



Sonja Rueff-Frenkel

gen im Anzeigeverfahren, ein zukunftsgerichtetes Denkmalschutzgesetz – um nur einige zu nennen.

In den bestehenden Bauzonen soll verdichtet ge-baut werden können, beispielsweise durch die Er-leichterung von Dachstockaufbauten. Das sind konkrete und konstruktive Massnahmen und ist keine Wahlpropaganda.

Wir wollen, dass mehr Wohnungen gebaut wer-den – egal ob durch den Staat oder durch Private. Hauptsache, der Markt ist wieder im Lot.

Sonja Rueff-Frenkel, Kantonsrätin

Die Aufnahmekapazitäten werden erreicht

Die Migrationslage in der Schweiz bleibt nach wie vor angespannt, obwohl es keine weiteren Verstärkungen der Fluchtbewegung aus der Ukraine gibt. Es ist sogar eine gewisse Bereitschaft zur Rückkehr festzustellen. In den Vordergrund gerückt sind dagegen wieder die zentrale Mittelmeerroute und die Balkanroute und damit die Südgrenze der Schweiz.

Jahresprognose: weiterer Anstieg

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat verschiedene Szenarien für die Entwicklung im Jahr 2023 erarbeitet. Das Szenario «mittel» geht von 27 000 Aufnahmegesuchen mit einer Eintretenswahrscheinlichkeit von 40 bis 50% aus, und die aktuellen Zahlen erhärten diese Prognose.

Auch wenn unverändert Ungewissheit über das Fortschreiten der Situation in der Ukraine besteht, ist die Konsultation bei den Kantonen über die Zukunft des bis im Frühjahr 2024 in Kraft befindlichen Status S, der den Menschen aus der Ukraine die sofortige Arbeitsaufnahme ermöglicht, angefallen. Eine Aufhebung dieses Status, der per Definition rückkehrorientiert ist, wäre verbunden mit einer Ausreiseaufforderung. Allerdings hat sich die Fluchtbewegung in die Schweiz deutlich verändert. Mittlerweile sind die wichtigsten Herkunftsländer von Menschen, die neu in den Asylzentren aufgenommen werden, unter anderem die Türkei, Af-

ghanistan, Eritrea, Syrien, Algerien und Marokko, aber auch Tunesien und Bangladesch.

Kanton und Gemeinden maximal gefordert

Die nationalen Prognosen waren die Basis für die Anpassung der Aufnahmequote in den Gemeinden von 9 Personen pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner auf 13 Personen pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner per 1. Juni 2023.

Trotz einer Vorlaufzeit von drei Monaten und der Schaffung von gut 2000 Aufnahmeplätzen durch den Kanton unter eigener Verantwortung waren und sind Unterbringung und Einschulung die grossen Herausforderungen für die Gemeinden. Im stark besiedelten Kanton Zürich ist schlicht zu wenig Wohnraum vorhanden, sodass als mindestens kurzzeitige Unterbringungsmöglichkeiten wie Container, umgenutzte Gewerbeliegenschaften oder gar Zivilschutzanlagen in den Vordergrund rücken. Je nach Ausgangslage in einer Gemeinde gilt es zudem, verschiedene Hürden bei den notwendigen Verfahren zu überwinden, so beispielsweise bei der Beurteilung der Gebundenheit von Ausgaben oder auch bei Baubewilligungsfragen. Mit grosser Anstrengung sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht werden die Gemeinden die ihnen gestellte Aufgabe jedoch knapp bewältigen können.

Es ist aber klar festzuhalten, dass mit der Erhöhung der Aufnahmepflicht auf 1,3% der Einwohne-



Jörg Kündig

rinnen und Einwohner die Kapazitäten der Gemeinden endgültig erschöpft sind. Jede weitere Erhöhung dieser Quote werden sie vehement ablehnen müssen. Gleichzeitig ist der Bund aufgefordert, seine Verantwortung verstärkt wahrzunehmen. Er sollte die ihm zur Verfügung stehenden Infrastrukturen und die personellen Ressourcen nutzen und dabei darauf abzielen, die Kantone und die Gemeinden maximal zu entlasten. Die Zeit der Reservebildung auf Bundesebene ist vorbei.

Klar ist aber ebenfalls, dass mit einer raschen Rückreise der Menschen und damit einer Abnahme des Migrationsdrucks nicht gerechnet werden darf. Das heisst: Wir – und im Blickpunkt stehen einmal mehr die Gemeinden – müssen uns intensiv mit langfristigeren Lösungen auseinandersetzen.

Jörg Kündig, Kantonsrat und Präsident Verband Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich

120 Unterschriften für die Mobilitätsinitiative in Stäfa gesammelt



V. l. n. r.: Victoria Hämmerli, Ursula Tschanz (Präsidentin FDP Stäfa), Regine Sauter (FDP-Ständeratskandidatin), Katharina Leu, Andreas Hess, Corina Bubb, Joseph Dietrich

Mit viel Engagement und Motivation sammelte die FDP Stäfa innert kurzer Zeit 120 Unterschriften für die kantonale Mobilitätsinitiative. Wir freuen uns

über das grosse Interesse der Passantinnen und Passanten und ganz besonders auch über den Besuch der Ständeratskandidatin Regine Sauter. Bei kalten Temperaturen und zum Schutz vor Regen positionierten wir uns zum ersten Mal unter dem Vordach beim Eingang eines Detailhändlers und konnten dadurch nahezu sämtliche Passanten ansprechen. Es brauchte gar nicht so viel Überzeugungsarbeit, um sie zum Anhalten, Zuhören und Unterschreiben zu motivieren.

Worum geht es?

Auf den Hauptstrassen von überkommunaler Bedeutung darf die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden, der Verkehr soll weiterhin fließen und innerorts generell Tempo 50 sein. Dies ist ein zentrales Anliegen von Gewerbe und Wirtschaft, denn Stau ist teuer. Einzelne Städte haben in letzter Zeit auf gewissen Hauptachsen die Höchstgeschwindigkeit reduziert, dies mangels gesetzli-

cher Grundlagen und mit der Begründung, den Lärm reduzieren zu wollen. Eine erzwungene Senkung der Höchstgeschwindigkeit wäre aber kontraproduktiv, weil sie zu Umwegfahrten führt und den Lärm in die Quartiere verlagern würde.

Team FDP Stäfa

Zusammen mit Regine Sauter, unserer Ständeratskandidatin, suchten wir den Kontakt und das Gespräch mit der Bevölkerung von Stäfa und Umgebung und konnten auch einige Passantinnen und Passanten anhalten, die sich in Eile befanden. Innerhalb kurzer Zeit konnten wir so über 120 Unterschriften sammeln. Passend auch zur Mobilitätsinitiative, präsentierte Regine Sauter ihren schmuken Microlino, und wir wünschten allen mit einem blauen FDP-Primeli einen schönen Frühlingsanfang.

Ursula Tschanz, Präsidentin FDP Stäfa

Kommunale Mindestlöhne lösen keine Probleme

Mit 76% der Stimmen lehnten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Mai 2014 einen nationalen Mindestlohn ab. Trotz des klaren Volksverdikts sind in den vergangenen Jahren in verschiedenen Kantonen (BS, GE, JU, NE, TI) kantonale Mindestlöhne eingeführt worden.

In einer koordinierten Aktion haben Gewerkschaften und linke Parteien in Winterthur, Zürich und Kloten Mindestlohninitiativen eingereicht. In Kloten ist sie 2021 knapp gescheitert. Am 18. Juni 2023 kommen sie in Zürich und Winterthur zur Abstimmung.

Die Winterthurer Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» will einen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde für alle Arbeitnehmenden, die auf dem Gebiet der Stadt arbeiten. Nur wenige Ausnahmen sind möglich für Lernende in Lehrbetrieben und bei Praktika und Ferienjobs. Insbesondere müssen auch Löhne, die in GAVs ausgehandelt wurden, angepasst werden. Andererseits will in Zürich die Gemeinderatsmehrheit einen Mindestlohn von 23.90 Franken für Arbeitnehmer einführen, die mehrheitlich im Stadtgebiet arbeiten. Wie in Winterthur sind wenige Ausnahmen für Lernende unter 25 Jahren vorgesehen. GAVs sind ebenfalls nicht ausgenommen. Solche Forderungen sind abzulehnen. Wichtiger ist, dass sich die Mitarbeitenden permanent weiterqualifizieren und arbeitsmarktfähig bleiben.

Ungeachtet der konkreten Umstände, unter denen Mindestlöhne eingeführt werden, sind staatlich diktierte Löhne abzulehnen. Die Festsetzung der Löhne ist nicht Aufgabe des Staates, sondern

Sache der Arbeitgebenden, ihrer Mitarbeitenden und der Sozialpartner. Gerade dank der erfolgreich gelebten Sozialpartnerschaft profitieren wir von einer tiefen Arbeitslosigkeit. Weiterhin macht ein Mindestlohn eine Berufsausbildung unattraktiv, indem Ungelernte mit höheren Löhnen rechnen können als Auszubildende. Die Wahrscheinlichkeit, dass nur noch Praktika und keine Lehrstellen mehr angeboten würden, ist gross. Niederschwellige Einstiegsmöglichkeiten, auch bspw. für Menschen mit einer Beeinträchtigung, werden abnehmen. Solche Entwicklungen schaden der dualen Berufsbildung und werten sie ab.

Linke Kreise argumentieren, der Mindestlohn helfe den von Armut Betroffenen. Armutsgefährdet sind in erster Linie getrennt lebende Eltern, Familien mit tiefem Haushaltseinkommen und Selbstständigerwerbende. Nur ein ganz kleiner Teil der Armutsgefährdeten verdient weniger als den vorgesehenen Mindestlohn. Selbstständigerwerbende sind von einem solchen ohnehin nicht umfasst. Deshalb eignet sich der Mindestlohn auch nicht zur Armutsbekämpfung. Um die Situation dieser Menschen nachhaltig zu verbessern, muss der Fokus stärker auf berufsspezifischen Aus- und Weiterbildungen liegen. Nur so können Mitarbeitende in eine höhere Lohnkategorie aufsteigen und nachhaltig und längerfristig mehr verdienen.

Für alle Gewerbebetriebe und Unternehmen, welche Mitarbeitende innerhalb der Städte Zürich und Winterthur beschäftigen, bringt der Mindestlohn eine grosse bürokratische Belastung. Zudem wird die Verwaltung abermals aufgebläht. Die



Dieter Kläy



Mélissa Dufournet

Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beider Städte müssen jährliche Kontrollkosten in Millionenhöhe tragen. Wir vertreten daher gemeinsam eine eindeutige Position: Mindestlohninitiativen sollten in unseren Städten abgelehnt werden.

Dieter Kläy, Kantonsrat, Präsident FDP Winterthur
Mélissa Dufournet, Gemeinderätin FDP Zürich

Gedanken an Peter Lauffer

Wer Peter Lauffer gekannt hat, den kann dessen Todesnachricht nicht unberührt lassen. Nicht nur weil er das Amt des höchsten Zürchers ohne Fehl und Tadel bekleidet und die Kantonsratsfraktion der FDP souverän präsidiert hatte. Was ihn in der Erinnerung derjenigen, die mit ihm eine Wegstrecke gemeinsam zurückgelegt haben, auszeichnet, sind seine Ehrlichkeit, seine Offenheit und auch sein Mut, Unangenehmes, aber Notwendiges zu sagen. Peter Lauffer hatte Charakter, deshalb haben so viele immer wieder seine Nähe gesucht – auch ich. Danke, Peter!

Eric Honegger

AGENDA

Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.fdp-zh.ch.

20. Juni 2023:

o. Delegiertenversammlung

1. Juli 2023:

Sommerfest für Mitglieder

24. August 2023

Neumitgliederanlass

1. September 2023

OP/BP Grill

Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.fdp-zh.ch.

Workshop zu den Nationalratswahlen 2023 der Jungfreisinnigen

Bekanntlich treten auch die Jungfreisinnigen mit einer Liste für die nationalen Wahlen vom Oktober an. Am Samstag, 13. Mai, hat die Wahlkommission unter der Leitung von Fabrice Fuchs (Winterthur) einen Workshop organisiert. Ziel war es, folgende Outputs beim Verlassen der Sitzungsräumlichkeiten der Raiffeisen Wallisellen zu haben: ein Hashtag, drei Wahlkampfthemen und viele Ideen für Wahlkampfkaktionen.

Nach einem Begrüssungsspiel haben sich die Kandidierenden der Jungfreisinnigen-Liste in drei



Am 13. Mai starteten die Kandidierenden der Jungfreisinnigen des Kantons Zürich offiziell mit einem Workshop in den Nationalratswahlkampf. Teilnehmen konnte jeder der Jungfreisinnigen, der den Wahlkampf mitgestalten wollte.

Gruppen aufgeteilt. Zu den drei genannten Zielen konnte jede Gruppe 20 Minuten brainstormen. Folgende Themen wurden aus den unzähligen Vorschlägen erkoren:

Bildung

Ein prädestiniertes Thema für eine Jungpartei. Kürzlich hat eine Schulbesetzung in der Kanti Enge hohe Wellen im ganzen Kanton geschlagen. Zudem erscheinen immer wieder Ausschnitte aus Lehrmitteln oder Prüfungen, welche von politischer Neutralität weit entfernt sind. Wie neutral ist das Bildungssystem noch, und wie kann man die Neutralität wiederherstellen? Solche Fragen werden uns im Wahlkampf begleiten. Auch die Chancengleichheit im Bildungssystem möchten wir priorisieren. Wären Privatisierungen von Bildungsinstitutionen und die Herausgabe von Bildungsgutscheinen fairer?

Drogen

Ein Dauerbrenner bei den Jungfreisinnigen, könnte man meinen. Nicht zuletzt, weil wir bereits vor vier Jahren mit diesem Thema Wahlkampf gemacht haben. Es ist jedoch ein Thema, welches die individuelle Freiheit wohl am besten verkörpert. Zudem wurden in den letzten vier Jahren kaum Fortschritte in diesem Bereich erzielt. Pilotversuche zu Cannabis sind noch immer erst in Planung, bei anderen Betäubungsmitteln zeigen die letzten vier Jahre «Stillstand».



Luis Deplazes

Staatsquote

Eine kürzlich erschienene Studie besagt, dass bereits jede fünfte berufstätige Person in der Schweiz beim Staat oder in staatsnahen Betrieben arbeitet. Wie stark darf diese Zahl wachsen, bis mehr Wohlstand durch den Staat verzehrt wird, als durch die Privatwirtschaft geschaffen wird? Auch Themen wie Steuersätze, Staatsausgaben und Subventionspolitik finden im Oberthema «Staatsquote» gut Platz und erlauben uns, klassisch-liberale Themen zu bespielen.

Die Jungfreisinnigen freuen sich auf einen aktiven Wahlkampf, auch in Zusammenarbeit mit der FDP. #MachWasWotsch

Luis Deplazes,
Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

Fachkräftemangel: unternehmerisch handeln, langfristig denken

Der Fachkräftemangel ist anhaltend die grösste Sorge zahlreicher Branchen. Kurzfristig hilft einzig unternehmerisches Vorgehen. Liberale Politik hingegen verbreitet keinen Aktionismus, sondern stärkt die Berufsbildung, führt die Individualbesteuerung ein und flexibilisiert den Arbeitsmarkt, insbesondere am Sonntag.

Die Schweizer Wirtschaft erlebt nach der Corona-Krise eine erfreuliche Erholung. Die Menschen strömen wieder in die Innenstädte, nehmen an Veranstaltungen teil oder gehen mit Freunden in ein feines Restaurant. Als Folge davon ist die Arbeitslosigkeit in der Schweiz tief.

Also kein Grund zum Klagen? Die Kehrseite ist, dass Fachkräfte in vielen Branchen fehlen. Köchinnen und Köche oder Mitarbeitende im Detailhandel sind einige davon. Die Unternehmen haben darauf reagiert. Ich bewundere die kreative Tatkraft, mit welcher neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht – und oft auch gefunden – werden.

Innenstädte sollten Läden am Sonntag geöffnet haben

Hingegen ist der Fachkräftemangel im Wahljahr für manche Parteien ein verlockendes Thema, um kurzfristig ein «Wahlkampf-Tor» zu schießen. Doch mehr Regulierung, Subventionen oder Eingriffe in den Arbeitsmarkt bringen ganz und gar nichts.

Demgegenüber steht unsere Politik mit einer langfristigen Sicht: Dazu gehört, die Berufsbildung zu stärken. So bilden die Betriebe selbst jene Nachwuchskräfte aus, die sie selbst brauchen – und zwar ohne Verzerrungen durch Subventionen.

Zu einer grösseren Verfügbarkeit von Fachkräften führt zudem die Individualbesteuerung. Für diesen essenziellen Systemwechsel müssen wir uns mit ganzer Kraft einsetzen! Eine wichtige Aufgabe ist schliesslich, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Menschen möchten dann arbeiten, wenn es ihnen am besten in den jeweiligen Lebensentwurf passt. Deshalb muss die Sonntagsladenöffnungszeit der Innenstädte im Rahmen von Tourismuszonen ermöglicht werden. Durch die Flexibilisierung werden



Dominique Zygmunt

diese Stellen wieder attraktiver, was den Fachkräftemangel trotz Mehrbedarf insgesamt mindert. Damit bieten wir die einzigen tauglichen Lösungen, wie der Fachkräftemangel politisch gelindert werden kann – dank kluger Politik und einer langfristigen Sicht!

Dominique Zygmunt,
Präsident FDP Oetwil am See

FDP-sektionsübergreifender Anlass zum Gesundheitscluster Lengg

Gesundheitscluster Lengg – Herausforderung, Chance und Vision zugleich

Der Gesundheitscluster Lengg im Stadtzürcher Kreis 8 mit aktuell 9000 Arbeitsplätzen beherbergt einen der grössten Gesundheitscluster in ganz Europa. Sie betreuen 50 000 Patientinnen und Patienten jährlich und generieren pro Jahr einen Umsatz von ca. 1,3 Milliarden Franken. Mit dem Bezug des neuen Kinderspitals werden noch einmal rund 2500 Arbeitsplätze dazukommen.

Doch was ist dieser Gesundheitscluster Lengg genau, wie funktioniert er und was braucht es von der Politik, dass ein «Cluster» erfolgreich sein kann? Welche Wirkung hat der Gesundheitscluster



Moderator Roland Maurhofer im Gespräch mit Regine Sauter, Bettina Balmer und Andrea Rytz

z. B. auf Gesundheitsversorgung, Raumplanung, Verkehr, Infrastruktur, Arbeitsplätze und medizinische Weiterbildung?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, hat die FDP Zürich 7+8 zusammen mit weiteren FDP-Sektionen (Küsnacht, Maur, Meilen, Zollikon, Zumikon) eine Podiumsdiskussion in der Schulthess Klinik organisiert. Dabei waren Andrea Rytz, CEO Schulthess Klinik und Präsidentin des Gesundheitsclusters Lengg, Regine Sauter, Direktorin der Handelskammer und Nationalrätin FDP, Bettina Balmer, Kinderchirurgin und Kantonsrätin FDP, und Karin Hollenstein, Projektmanagerin Gebiet Lengg im Baudepartement des Kantons Zürich, unter der Moderation von Roland Maurhofer, Teilhaber Eligendo AG – Executive Search.

Auf dem Podium war man sich einig, dass in der Lengg eine zukunftsfähige Form der Gesundheitsversorgung entsteht. Selbstverständlich müssen aber auch für die Knackpunkte wie Quartierverträglichkeit und Verkehr tragfähige Lösungen gefunden werden. Es werden somit grosse Anforderungen an die Lengg als stadtzürcherisches Quartier gestellt. Dass eine solche Transformation



Claudio Zihlmann

aber auch eine Chance für ein Quartier sein kann, zeigt ein Blick ins Ausland. So sind zum Beispiel in Toronto rund um den städtischen Spitalcluster lebendige Quartiere entstanden, welche die Attraktivität und die Lebendigkeit dieses Quartiers deutlich erhöht haben.

Wir wünschen der Lengg und uns allen in Zürich, dass dies ebenfalls im Gesundheitscluster Lengg gelingt!

Die sektionsübergreifende Organisation des Anlasses war ein grosser Erfolg – gerne werden wir dies wiederholen. Falls ihr etwas Ähnliches geplant habt, kommt auf uns zu!

Herzliche und freisinnige Grüsse,

**Claudio Zihlmann, Präsident und Gemeinderat
FDP Zürich 7+8**

Roland Maurhofer, Vorstand FDP 7+8

Rückblick und Ausblick

Aktuelles aus der Fraktion

Anfang Mai erfolgte der Start in die neue Legislatur des Kantonsrats Zürich. Dies ist nicht nur der Start eines neuen politischen Zyklus, sondern auf der persönlichen Ebene auch die Zeit der Veränderung. So freut es mich einerseits ungemein, fünf neue Fraktionsmitglieder begrüßen zu dürfen, und andererseits müssen wir leider von verdienten und sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen Abschied nehmen.

Mit dem Ausscheiden von Alex Gantner, Arianne Moser, Carola Etter-Gick und Christian Schucan hat die Fraktion vier geschätzte und sehr engagierte Mitglieder verloren. An dieser Stelle möchte ich euch einen grossen Dank für euer Engagement für die liberale Sache aussprechen! Mit dem Rücktritt von Beatrix Frey-Eigenmann verliert die Fraktion zudem ihre hochgeschätzte und leidenschaftliche Fraktionspräsidentin. Seit 2011 hat sich Beatrix als unermüdliche Kämpferin für liberale Lösungen im Kantonsrat eingesetzt. Davor war sie bereits in ihrer Gemeinde Meilen als Gemeinderätin politisch aktiv. Seit 2019 hat Beatrix die Frak-

tion mit Weitsicht, einem ausgeprägten politischem Geschick und viel Einsatz als Fraktionspräsidentin geführt. Ihre umgängliche und offene Art wurde von allen im Rat sehr geschätzt, und so konnte Beatrix oft auch über die Parteigrenzen hinweg tragfähige Lösungen erreichen. Auch werden wir ihre Backkünste leider sehr vermissen. An dieser Stelle, liebe Beatrix, von mir und der ganzen Fraktion ein herzliches Dankeschön und nur das Beste für deinen weiteren Weg!

Mit Monika Keller, Reto Agosti, Sarah Fuchs, Simon Vlk und Tamara Fakhreddine dürfen wir grossartige Nachfolgerinnen und Nachfolger in unseren Reihen begrüßen. Sie bringen eine grosse Bandbreite an Erfahrungen aus ihrem beruflichen Leben und ihrer bisherigen politischen Tätigkeit mit, und ich bin mir sicher, dass die neuen Kolleginnen und Kollegen sich sehr rasch bei uns einleben werden. Vor dem Legislaturstart durften wir bereits Isabel Garcia als neues Fraktionsmitglied begrüßen, sie wird als erfahrene Politikerin unsere Fraktion verstärken. An euch alle ein herzliches



André Müller

Willkommen! Lasst uns zusammen die liberale Stimme im Parlament stärken und ausbauen!

Inhaltlich konnten wir im Frühjahr mit einem Paket an finanzpolitischen Vorstössen bereits ein erstes Zeichen setzen. Zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien SVP und Die Mitte setzen wir uns dafür ein, dass der Kanton Zürich auch in Zukunft finanziell solide aufgestellt ist und wir so auf die aktuellen und kommenden Herausforderungen – wie die Teuerung, den Wegfall der SNB-Millionen und die Turbulenzen auf den Finanzmärkten – vorbereitet sind.

Liberale Grüsse,

André Müller, Fraktionspräsident



Im Gespräch mit ... André Müller

Neuer Fraktionspräsident und Kantonsrat

Fragen zum politischen Werdegang:

Wann hat die politische Reise für dich angefangen, und was hat dich dazu bewegt?

Ich bin in einer «politischen» Familie aufgewachsen, in der auf persönlichen Einsatz für die Gesellschaft grossen Wert gelegt wurde. Mein Vater war fast 40 Jahre lang Gemeindegemeinschafter in Waltenschwil, meine Mutter arbeitete viele Jahre beim Roten Kreuz Freiamt. Ich habe zwei Geschwister, die heute beide im öffentlichen Dienst tätig sind. Als Kind wurde bei uns am Mittagstisch politisiert, das hat mich stark geprägt.

Du kannst auf eine lange und erfolgreiche politische Laufbahn zurückblicken. Welcher war einer der grössten Erfolgsmomente oder Glücksmomente?

Erfolg ist der falsche Ausdruck. Ich sehe in meiner politischen Arbeit einen Service public, ich suche keinen Erfolg per se. Ich hoffe, ich kann mit meiner politischen Arbeit die Gemeinde Uitikon, den Kanton Zürich und vielleicht auch ein bisschen die Schweiz weiterbringen.

Was beschäftigt dich heutzutage im Kantonsrat am meisten?

Die politische Polarisierung und der persönliche Angriff auf Exponenten des öffentlichen Lebens sind bedenklich. Unser politisches System ist auf Zusammenarbeit und Kompromiss aufgebaut. Die Verrohung der politischen Kultur erschwert diese Zusammenarbeit. Es braucht viel Zeit, die Basis der Zusammenarbeit zu erhalten, diese fehlt dann oft in der politischen Arbeit.

Welche Kernkompetenzen, würdest du sagen,

sollte eine Person besitzen, um sich für die Politik zu engagieren?

Man muss Menschen mögen, in all ihren Unzulänglichkeiten – und man darf sich selbst nicht zu wichtig nehmen. Es geht nicht um den Einzelnen, sondern um das Gesamte, um die Gesellschaft, um die Weiterentwicklung unseres einzigartigen politischen Systems.

Was machst du in deiner Zeit abseits des Kantonsrates?

Ich verbringe am liebsten Zeit mit meiner Familie, meiner Frau und meinen zwei Kindern – daneben habe ich auch noch einen ziemlich fordernden Job. Ich kann mich nicht über Langeweile beklagen.

Was wünschst du dir für den Freisinn?

Zusammenarbeit und Gemeinsinn: Die politische Konkurrenz sitzt in den anderen Parteien, nicht in der FDP!

Fragen zu den Visionen und den Zielen in der Fraktion:

Was hat dich dazu bewogen, als Fraktionspräsident zu kandidieren?

Ich führe gerne, ich gehe Themen gerne strategisch an, ich suche den Kompromiss, obwohl ich ganz klare, klassisch-liberale Vorstellungen habe. Und ich habe keine Probleme mit Niederlagen und kann Meinungen gegen aussen vertreten, auch wenn ich diese nicht in allen Facetten teile.

Als neuer Präsident der FDP-Fraktion: Was sind deine Visionen und Ziele für die kommende Legislaturperiode und wie planst du, diese umzusetzen?

Auf unseren Kernthemen Wirtschaft und Finanzpolitik müssen wir den Kanton Zürich führen. Daneben will ich liberale Lösungen in Umwelt-, Sozial- und Bildungspolitik anbieten. Wir können diese Themen nicht den Parteien links und rechts von uns überlassen.

Was sind die aktuellen Schwerpunkte der FDP-Fraktion und ihrer Kommissionen?

Wir müssen weiterhin alles daransetzen, dass wir Zürich als Wirtschaftsstandort stärken, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Nur so können wir die vielfältigen Herausforderungen wie Klimawandel, Migration, Gesundheitskosten und Fachkräftemangel bewältigen und finanzieren. Uns geht die Arbeit nicht aus.

Wir danken dir für das Interview und den Einblick!



Steckbrief:

André Müller, geboren 1973 in Waltenschwil (AG), ist seit seinem Abschluss an der Universität St. Gallen im Jahr 1999 und der Harvard-Universität im Jahr 2005 nun als Managing Director bei einer Bank tätig. Er ist Präsident der FDP-Ortspartei und der Rechnungsprüfungskommission Uitikon-Waldegg und seit 2015 Mitglied des Kantonsrats. Seit 8. Mai steht er der Fraktion als deren Präsident vor. André Müller ist verheiratet mit Isa und hat zwei Kinder, Ben (12) und Lara (9). Die Familie ist im Winter gerne auf Ski, im Sommer geniesst sie dolce far niente in Italien.

Unsere Prioritäten für eine starke Schweiz

Wahlkampfthemen der FDP

In den letzten Jahren haben mehrere Krisen die Schweiz erschüttert. Wir wurden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig gilt es zahlreiche Reformen anzupacken, um die Schweiz finanzpolitisch wieder auf Kurs zu bringen. Die Schweiz braucht dringend mehr Realitätssinn statt Wunschdenken. Nur so ist es möglich, dass auch noch unsere Enkelkinder in Freiheit und Wohlstand leben.



**Wirtschaft stärken,
Wohlstand sichern**

Die FDP kämpft für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ermöglichen. Wir stehen für einen freien, weltweiten und wettbewerbsorientierten Markt ein, der Leistung belohnt. Der Staat beschränkt sich auf die Schaffung gleich langer Spiesse, ermöglicht den Zugang zu internationalen Märkten und sorgt für Rechtssicherheit. Staatliche Eingriffe sind zu vermeiden.

Zur Freiheit gehört Verantwortung

Die FDP erwartet dafür von Unternehmen eine umsichtige Führung – zur Freiheit gehört Verantwortung. Ein attraktiver Arbeitsplatz und Forschungsstandort ist die beste Garantie für verlässliche Steuereinnahmen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die FDP schützt darum unsere Standortfaktoren vor linken Einschränkungen, vor rechtsnationaler Abschottung und gegen den Druck aus dem Ausland: Wir stehen ein für einen liberalen Arbeitsmarkt, gelebte Sozialpartnerschaft, stete Aus- und Weiterbildungen, tiefe Steuern, leistungsfähige Infrastrukturen und einen funktionierenden Rechtsstaat.

Mehr Infos



**Sicherheit stärken,
Abhängigkeit reduzieren**

Die FDP kämpft für eine umfassende Sicherheit, damit die Schweizerinnen und Schweizer ihren Alltag sorgenfrei leben können. Dazu zählen die innere Sicherheit, wie Verteidigungsfähigkeit, sowie die wirtschaftliche Versorgungssicherheit. Wir stehen zu einer glaubwürdigen, modern ausgerüsteten Milizarmee, die verstärkt mit der NATO kooperiert und sich auf die veränderte Bedrohungslage ausrichtet.

Stromproduktion ausbauen

Der Spielraum der Neutralität soll genutzt werden, ohne deren rechtlichen Kern zu verletzen. Eine verlässliche und bezahlbare Energie- und Stromversorgung hat für die FDP Priorität. Gerade darum gilt es, die unerlässliche Dekarbonisierung mit realistischen Annahmen und marktwirtschaftlichen Instrumenten voranzutreiben. Gleichzeitig führt kein Weg an einem massiven und raschen Ausbau der Stromproduktion vorbei.

Mehr Infos



**Altersvorsorge sichern
und Prämienexplosion
vermeiden**

Die FDP kämpft für sichere Renten und mehr Generationengerechtigkeit. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll eine faire Rente erhalten. Heute, aber auch noch morgen. Wir wollen Reformblockaden durchbrechen, denn der Stillstand von heute ist der Rentenabbau von morgen. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen weist in die richtige Richtung. Wir stehen für eine Modernisierung der Altersvorsorge, ein flexibles Rentenalter und vor allem für das bewährte 3-Säulen-System.

Eigenverantwortung stärken

Immer mehr Umverteilung führt in eine sozialistische Sackgasse. In der hochreglementierten Gesundheitspolitik gilt es, die Eigenverantwortung gezielt zu stärken und weiteren Verstaatlichungen mutig entgegenzutreten. Die FDP steht zur Wahlfreiheit für Patientinnen und Patienten, will Fehlanreize konsequent reduzieren und Qualitätswettbewerb fördern. Die Digitalisierung trägt dazu bei, dass mehr Zeit für Menschen statt für Administratives zur Verfügung steht.

Mehr Infos





Wir wollen Anpackerinnen und Anpacker

Mitmach-Kampagne der FDP



QR-Code scannen und Testimonial bestellen.

Unser Slogan «Wir machen die Schweiz stark» trifft nicht nur auf unsere Bundesräte, unsere Kantonsrätinnen oder Schulpfleger zu. Das Motto passt zu allen Freisinnigen! Denn alle, die täglich anpacken und ihr Bestes geben, leisten für unser Land ein wertvolles Engagement. Gemeinsinn, der die Schweiz stark macht. Deshalb stehen unsere Mitglieder im Zentrum unserer Mitmachkampagne.

Die FDP lädt alle Sympathisantinnen und Mitglieder ein, anzupacken und sich an unserer Mitmachkampagne «So mache ich die Schweiz stark» zu beteiligen. Ziel ist, mit der Bevölkerung unaufgeregt, aber selbstbewusst und stolz in Erinnerung zu rufen, wie Freisinnige von Arbon über Bulle und Chiasso bis nach Zernez durch ihr tagtägliches Engagement einen Beitrag für die Allgemeinheit leisten. Ziel ist es, aufzuzeigen, dass jeder auch so kleine Einsatz wertvoll und wichtig ist – und unsere Schweiz stark macht.

Freisinnige Vielfalt

Mit dieser Mitmachkampagne unterstreichen wir auch, wie, wo und in welcher Vielfalt Freisinnige Verantwortung übernehmen. Wir zeigen über unser Tun, wer wir sind und für was wir stehen. So wird unser Motto durch die Mitglieder zum Leben erweckt, mit Emotionen und Ideen gespickt und bei den Stimmberechtigten bekannt. Unsere Sympathisantinnen und Mitglieder sind damit ein unver-

zichtbarer Mosaikstein in der Wahlkampagne! Sie machen damit unsere Wahlkampagne erst authentisch und erfolgreich.

So wirst du Anpackerin oder Anpacker

Wir benötigen lediglich ein Bild, den Namen und das Engagement. Idealerweise zeigt das Bild, wie du «anpackst». Egal, ob das im Musikverein, in der Familie, im Beruf oder in der Politik ist. Egal, ob du gerade Blut spendest, hinter dem PC sitzt oder mit deiner betagten Mutter am See spazierst.

Was passiert nach der Bestellung?

Unmittelbar nichts. In der etwas ruhigeren Sommerzeit erstellt das Wahlkampfteam des Generalsekretariats die Testimonials und stellt dir dein persönliches Testimonial zu. Ab dann kann man diese frei verwenden.

Wann läuft die Kampagne?

Die Testimonial-Kampagne beginnt ca. Mitte Juli.

Ziel ist es, dass wir um den Nationalfeiertag am 1. August in einigen Kanälen präsent sind. Höhepunkt unserer Kampagne ist der Tag der FDP am 2. September. Im Vorfeld dieses grossen, freisinnigen Festes wollen wir Präsenz markieren. Auch am Tag der FDP selbst werden die eingereichten Testimonials in Szene gesetzt.

Wo wird Dein Testimonial verwendet?

Das Wichtigste und Wertvollste sind Postings in den eigenen sozialen Kanälen und Netzwerken. Ich-Botschaften machen unsere Kampagne stark und lebendig. Die FDP Schweiz wird die Bilder hauptsächlich am Tag der FDP am 2. September nutzen, um die Vielfalt und das beeindruckende Engagement aufzuzeigen. Zusätzlich machen die FDP Schweiz und die Kantonalparteien punktuell Repostings der persönlichen Beiträge auf Facebook, Instagram und Twitter. Dazu ist es wichtig, dass die Posts öffentlich sind.

Tipps für einen gelungenen Testimonial-Post

Instagram: Tags: @fdp_schweiz und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken
Testimonial als öffentliche Story posten

Facebook: Tags: @fdp.dieliberalen und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken

Twitter: Tags: @FDP_Liberalen und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken

Whatsapp / Threema / Signal etc.
Testimonials an Kontakte senden
Whatsapp-Status-Stories posten

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter sind überzeugt, dass auch in der zweiten Jahreshälfte noch viele Herausforderungen auf sie warten. Fotos: EDA



«Von selbst entsteht kein Erfolgsmodell»

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis im Doppelinterview

Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis betonen die Bedeutung der Bundesverfassung für die moderne Schweiz, die veränderte Arbeit eines Mitgliedes des Bundesrats und ihre Erinnerungen an vergangene Wahlkämpfe.

Wir feiern dieses Jahr 175 Jahre Bundesverfassung. Was bedeutet das Jubiläum für Sie?

Ignazio Cassis: Sehr viel! Die Bundesverfassung hat die Schweiz von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat gemacht. Damit wurde unser Zusammenhalt neu konzipiert und wir mussten eine neue Identität entwickeln. Seit 175 Jahren arbeiten wir daran: heute noch!

Karin Keller-Sutter: Mich fasziniert, wie die Bundesverfassung geschaffen wurde. Es gab da einen historischen Moment, ein «window of opportunity», wie man heute sagen würde – und die Mitglieder der Revisionskommission haben dieses genutzt. Dieser Tatkraft verdanken wir die älteste Demokratie Europas. Wir können nicht genügend dankbar sein.

Lässt sich die Arbeit der ersten Bundesräte mit Ihrer Arbeit als Bundesrat heute vergleichen? Gibt es etwas Besonderes, das gleichgeblieben ist?

Ignazio Cassis: Damals wie heute ist es für uns Bundesräte ein grosses Privileg, unserem Land eine Identität zu verleihen und unsere Zukunft zu ermöglichen. Inhaltlich sind die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft wohl kaum vergleichbar mit damals: Komplexität und Geschwindigkeit haben zugenommen. Das Departement des ersten Aussenministers Jonas Furrer umfasste nur ihn und einen Sekretär: heute arbeiten für das EDA fast 5500 Angestellte auf der ganzen Welt.

Karin Keller-Sutter: Diese neue Geschwindigkeit, die Ignazio hier beschreibt, ist Segen und Fluch zugleich. Segen, weil es heute viel einfacher ist, sich

auszutauschen und verschiedene Positionen an einen Tisch zu bringen – und sei dieser auch nur virtuell. Fluch, weil die Gefahr besteht, ob aller Geschwindigkeit die Gründlichkeit zu vernachlässigen. Als Bundesrätin muss man aber stets fokussiert sein.

Haben Sie als St. Gallerin beziehungsweise als Tessiner einen unterschiedlichen Bezug zu unseren Institutionen?

Karin Keller-Sutter: Man sollte nicht generalisieren, aber Ostschweizerinnen und Ostschweizer setzen stark auf Eigenverantwortung. Der Staat als allumsorgende Institution, die jede Delle glättet und jedes Problem für die Bürgerinnen und Bürger löst, ist ihnen fremd – und in gewisser Weise gar suspekt. Was man selber machen kann, das macht man selber. Und man trägt dann auch die Verantwortung. In diesen Tugenden erkenne ich mich als Person und als Freisinnige gut wieder.

Ignazio Cassis: Für die Tessiner und die italienisch-sprachige Bündner ist Bern sehr weit weg, sowohl geografisch – auf der anderen Seite der

Alpen – wie sprachlich. Und da die Sprache Ausdruck einer Kultur ist, gehören wir halt zu einem anderen Kulturraum. Das gilt auch für die politische Kultur. Diesen vier Sprachgemeinschaften eine gemeinsame Identität zu geben, war eben einer der Uraufgabe des neuen Bundesstaates im Jahr 1848. Dies geschieht unter anderem durch Institutionen wie den Bundesrat.

Vor 175 Jahren wurde der Grundstein für das Erfolgsmodell Schweiz gelegt. Was braucht es, damit dieses Erfolgsmodell auch in Zukunft Bestand hat?

Ignazio Cassis: Wir müssen es wollen. Von selbst entsteht kein Erfolgsmodell. Wir haben den Bundesstaat gegründet, um Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit zu wahren und Wohlfahrt für uns und die künftigen Generationen herzustellen. Neben dem Recht der Freiheit steht die Pflicht zur Verantwortung. Somit entsteht das Erfolgsmodell, im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung unserer Vielfalt in der Einheit zu leben. Einen guten Weg dazu zeigen die Grundwerte der FDP: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Verantwortung.

Karin Keller-Sutter: Das sehe ich sehr ähnlich. Die Verfassung hat uns Freiheit gesichert und jedem von uns auch Verantwortung gegeben. Diese Werte müssen wir beibehalten. Ich sehe – nicht erst seit der Corona-Pandemie, aber seither besonders – die Tendenz, dass Freiheit mit Sorglosigkeit oder Verantwortungslosigkeit gleichgesetzt wird. Der Staat soll alles richten. Hier müssen wir wachsam sein.

Welche Rolle kann die FDP hierbei spielen?

Karin Keller-Sutter: Die FDP trägt Freiheit und Verantwortung in ihren Genen. Die Partei tut dem Land den grössten Dienst, wenn sie zu ihren Überzeugungen steht. Auch wenn das gelegentlich unbequem ist.

Ignazio Cassis: Nach der Aufklärung haben die Freisinnigen die westlichen liberalen Demokratien gegründet. Mit dem Wohlstand vergisst man aber schnell, warum es uns gut geht. Das Engagement lässt nach. Dennoch sehe ich heute sehr motivierte Jungfreisinnige und tausende von engagierten Freisinnigen in Gemeinden und Kantonen. Das macht Freude! Und motiviert Karin und mich im Bundesrat wie auch Thierry als Präsi-

dent und Damien als Fraktionschef. Die FDP muss wieder mehr als Rückgrat unseres Landes anerkannt werden.

Im Oktober finden die eidgenössischen Wahlen statt. Sie haben beide mehrere Wahlkämpfe bestritten. Was ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Ignazio Cassis: Ich habe mich immer gefreut, zusammen mit den Jungfreisinnigen Wahlkampf zu machen. Ich verfolge ihre Karrieren noch heute. Mit Ihnen zusammen machte Wahlkampf Freude.

Karin Keller-Sutter: Ich hatte immer Freude am Wahlkampf. Ich erinnere mich gern an die Wahlkämpfe als Regierungsrätin oder Ständerätin in meinem Kanton. An den Veranstaltungen im Säli eines Restaurants wird debattiert, man muss argumentieren und Red und Antwort stehen. Ich habe dabei sehr viel gelernt.



Die freisinnigen Bundesräte freuen sich auf Zeit mit Freunden und Familie während der Sommerpause.

«Bei Wahlkämpfen habe ich viel gelernt.»

Karin Keller-Sutter

Sie haben beide ein intensives Halbjahr hinter sich. Was erwarten Sie für die zweite Jahreshälfte? Worauf freuen Sie sich?

Ignazio Cassis: Wie üblich wird vor den Wahlen das mediale Klima noch aufgeheizter als sonst. Die zunehmende Polarisierung der Politik und der Lärm in den Sozialen Medien werden die Unruhe noch steigen lassen. Es gilt für uns, innere Ruhe und kühlen Kopf zu bewahren. Im UNO-Sicherheitsrat – wo wir aktuell tätig sind – übernehmen wir Verantwortung in einer Welt, die immer weniger global, weniger demokratisch und weniger westlich wird. Mit der EU will der Bundesrat klare und stabile Beziehungen pflegen: es geht um Handel, Stromversorgung, Forschung, Pandemiebekämpfung und schliesslich auch Sicherheit. Der Krieg in der Ukraine dauert leider an. Langweilig wird es uns nicht.

Karin Keller-Sutter: Wenn ich ehrlich bin, Ignazio, wäre ich ganz froh, es würde zur Abwechslung einmal etwas langweiliger. Im Grunde sind die Welt und die Schweiz ja seit 2020 im Dauerkrisen-Modus, ich selber habe das im ersten Halbjahr 2023 ja besonders zu spüren bekommen. Vermutlich trifft Deine Einschätzung also auch auf mich zu: Es wird nicht langweilig werden.

Bald beginnt die traditionelle Sommerpause der Politik. Wie verbringen Sie diese etwas ruhigere Zeit?

Karin Keller-Sutter: Ich hoffe, dass ich verreisen kann. Wer führt, muss auch sich selber führen. Dazu gehört ein gelegentlicher Tapetenwechsel. Und man muss die Gelegenheit schaffen, um wieder aufzutanken zu können. In den Ferien lese ich gerne: ernsthafte Bücher, aber auch Krimis. Sehr wichtig ist mir auch in der Sommerpause Zeit mit Freunden und der Familie verbringen zu können.

Ignazio Cassis: Ich werde wie Karin auch versuchen, etwas Ruhe zu finden. Zeit für die Familie und die Freunde zu haben, ist mir auch wichtig. Und ich liebe es, den Luganersee zu geniessen.

Interview: Marco Wölfli

FDP

Die Liberalen

**JA zur OECD-
Mindeststeuer**

Damit das Geld in der Schweiz bleibt

Wir machen

die Schweiz stark!

Am 2. Oktober 1984 wurde Elisabeth Kopp als Bundesrätin vereidigt. Fotos: Archiv FDP



Die FDP trauert um alt Bundesrätin Elisabeth Kopp

Die Pionierin der Schweizer Politik ist mit 86 Jahren verstorben

Sie war die erste Frau im Bundesrat: Elisabeth Kopp ist am Karfreitag im Alter von 86 Jahren verstorben. Sie war eine Vorkämpferin für die Gleichstellung von Frau und Mann und prägte die Migrationspolitik der Schweiz wesentlich mit. Die FDP spricht der Familie und den Angehörigen ihr tief empfundenes Beileid aus.

Die Nachricht vom Hinschied von alt Bundesrätin Elisabeth Kopp hat uns alle betroffen gemacht. Die Schweiz verliert mit ihr eine Politikerin, die sich stets mit grossem Engagement und Herzblut für die liberale Sache eingesetzt hat. Elisabeth Kopp begann ihre politische Laufbahn 1970 im Gemeinderat von Zumikon ZH. Bereits zwei Jahre später avancierte die Juristin zur Erziehungsrätin des Kantons Zürich, bevor sie 1974 Gemeindepräsidentin von Zumikon wurde. 1979 startete Elisabeth Kopp ihre Karriere im Nationalrat und wurde 1984 zur ersten Frau im Bundesrat gewählt und übernahm das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Kämpferin für die Gleichberechtigung

Elisabeth Kopp war eine Pionierin der Gleichstellung und setzte sich zeitlebens für die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Sie machte sich für die Einführung des Frauenstimm- und wahlrechts stark. Als Nationalrätin kämpfte sie für den Artikel über die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Bundesverfassung ein. Während ihrer Amtszeit setzte sich die Juristin auch für Massnahmen gegen die Geldwäscherei ein, den Kündigungsschutz im Miet- und Arbeitsvertragsrecht, das Aktienrecht und für den Umweltschutz.

Charismatische Politikerin

Am 2. Oktober 1984 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Elisabeth Kopp im ersten Wahlgang mit 124 von 244 Stimmen als erste Frau in den Bundesrat. Die Juristin übernahm vom Zürcher Freisinnigen Rudolf Friedrich das EJPD. Während ihrer Amtszeit gehörte die Flüchtlings- und Ausländerpolitik zu den wichtigsten Themen. Unter ihrer Federführung erhielt die Schweiz ein neues Gesetz, dank dem Asylgesuche rascher behandelt werden konnten. Trotz der fordernden Aufgabe liess sie die nötige Sensibilität für die Menschen und deren Anliegen nie vermissen und rief 1986 das Amt des Delegierten für Flüchtlingswesen ins Leben. 1986 präsentierte sie dem Parlament den Bericht über das Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau».

Ihr Amt als Bundesrätin endete am 12. Januar 1989, nachdem sie aufgrund einer Verwaltungsratsaffäre ihres Ehemannes Hans W. Kopp zurückgetreten war. Das Bundesgericht sprach sie im Nachgang von den Vorwürfen der Amtsheimnisverletzung frei. Nach ihrer Amtszeit als Bundesrätin engagierte sich Elisabeth Kopp für verschiedene Anliegen wie den UNO-Beitritt oder die Einführung der Mutterschaftsversicherung.

«Ich war eine junge Frau, als Elisabeth Kopp 1984 in den Bundesrat gewählt wurde. Sie hat mich und viele andere meiner Generation inspiriert. Dafür bin ich Elisabeth Kopp sehr dankbar.»

Regine Sauter, Nationalrätin ZH



Elisabeth Kopp hat zeitlebens mit viel Herzblut politisiert.

175 Jahre Bundesverfassung

Der Autor Thomas Lötscher und sein Buch «Demokratie mit Zukunft».



Der ehemalige Zuger Kantonsrat Thomas Lötscher hat mit «Demokratie mit Zukunft» ein Buch über die Erschaffung der modernen Schweiz geschrieben. Was ihn bei der Recherche beeindruckt hat, was er der FDP rät und was ihn besorgt, erzählt er im Interview.

Was hat Sie bewogen, ein Buch über die Entstehung der modernen Schweiz zu schreiben?

Zum einen stellte ich fest, dass die liberalen Grundwerte, die die Schweiz einst ausmachten, heute nicht mehr gleich stark verankert sind. Immer mehr Regulierungen und Verbote und gleichzeitig fehlender Respekt vor dem Rechtsstaat, Stichwort Klimakleber, machen mir Sorgen. Mit meinem Buch will ich diese Grundwerte in Erinnerung rufen. Dazu kommt, dass die meisten Menschen keinen Bezug zum Jahr 1848 haben. Ich möchte einen niederschwelligen Zugang zu diesen wichtigen Ereignissen bieten.

Welche Rückmeldungen haben Sie zum Buch erhalten?

Viele positive! Besonders gefreut hat mich, dass Leserinnen und Leser das Buch nachbestellt haben, um es weiterzuverschenken. Die breite Streuung dieses elementaren Wissens war auch ein Ziel von mir.

Für die Recherche haben Sie sich vertieft mit den Geschehnissen im Jahr 1848 befasst. Was hat Sie überrascht?

Das Tempo, in dem die Grundlagen für die moderne Schweiz gelegt wurden, hat mich stark beeindruckt. Zumal Pferd und Brief die schnellsten Transport- und Kommunikationsmittel waren. Wenn man bedenkt, dass wir heute für ein kantonales Gesetz zwei Jahre benötigen, ist die Leistung noch höher einzustufen.

Gibt es einen spezifischen Grund, weshalb die liberale Revolution in der Schweiz erfolgreich war?

Eine Stärke war sicher, dass nicht nur eine Person prägend war, sondern mehrere kluge Köpfe. Die Revisionskommission, die die Verfassung erarbeitete, umfasste 23 Kantonsvertreter. Zudem war es entscheidend, dass die wirtschaftliche und staatliche Entwicklung im Gleichschritt erfolgte. Der Fortschritt der Eisenbahn und der Abbau von Zöllen waren wichtige Treiber. Und schliesslich waren auch viel Glück und einige Zufälle ausschlaggebend.

Hilft das diesjährige 175-Jahr-Jubiläum, die Leistungen von 1848 bekannter zu machen?

Als ich 2018 mit meinem Buchprojekt begann, hat-

te ich das Jubiläum überhaupt nicht im Kopf und der Wissenstand über 1848 war gering. Jetzt rücken die Geschehnisse zwar etwas in den Vordergrund, aber es ist kein Vergleich zu 1991, als wir 700 Jahre Eidgenossenschaft feierten. Ich denke, nach dem Jubiläumsvorschwindet das Thema wieder aus dem Bewusstsein, wenn es nicht bewusst gepflegt und in den Schulen vermittelt wird.

Freisinnige haben die Bundesverfassung geprägt. Was kann die FDP heute von ihnen lernen?

Ein Direktvergleich ist schwierig, da die damaligen Freisinnigen extrem heterogen waren und es ganz unterschiedliche Strömungen gab. Heute ist die FDP geschlossener. Nichtsdestotrotz schadet es sicher nicht, wenn sich die FDPler von heute an den Werten von Ulrich Ochsenbein orientieren: Schlanker Staat und Hochhalten des Föderalismus.

Wie lässt sich das konkret umsetzen?

Es ist nicht einfach. Jede Politiker-Generation will gestalten und das heisst meist regulieren. Wir Freisinnige sollten wieder mehr Werbung für unser freiheitliches Erfolgsmodell machen und aufzeigen, welchen Mehrwert eine liberale Schweiz bietet.

«Demokratie mit Zukunft» ist in erster Linie ein Sachbuch, aber es hat fiktionale Einschübe, die auffallen. Was steckt dahinter?

Die kleinen Geschichten dienen dazu, trockene Themen wie Gewerbe- oder Niederlassungsfreiheit anschaulich zu erklären. Zudem war es beim Schreiben eine willkommene Abwechslung zum faktenbasierten Stil des Sachbuchs.

Sie thematisieren auch mögliche Gefahren für Demokratien. Halten Sie die Schweizer Demokratie für gefährdet?

Mir macht Sorgen, dass sich die Menschen nicht mehr engagieren und der Demokratie gegenüber gleichgültig werden. Das würde unserem System schaden. Ich rechne aber nicht damit, dass irgendein «Schnurri» kommt und die Schweiz zu einer Diktatur macht. Dafür sind unsere Institutionen zu gefestigt.

Interview: Marco Wölfli

Thomas Lötscher (Jahrgang 1968) ist Generalsekretär der Finanzdirektion des Kantons Zug. Zuvor war er 14 Jahre Kantonsrat. Das Buch Demokratie mit Zukunft ist im Weber Verlag erschienen und ist im Buchhandel oder direkt bei Thomas Lötscher (t.loetscher@datazug.ch) für 29 Franken plus Versandkosten erhältlich.

Die Sommeression dauert bis am 16. Juni. Foto: Parlamentsdienste



Die Zeit drängt

Sommeression mit drei dringenden Geschäften

Die Bevölkerung wächst, die Menschen werden immer älter und die Wirtschaft verändert sich stark. Dies setzt die Infrastruktur und die Sozialsysteme unter Druck. Löst man diese Probleme heute nicht, dann droht morgen Ungemach.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, aber die Einwohner der Schweiz werden immer älter. Was für den Einzelnen toll ist, hat grosse Konsequenzen für uns alle. Denn je länger wir leben, desto mehr AHV-Rente wird bezogen. In der ersten Säule spart aber nicht jeder für sich selbst, sondern die Kosten werden durch Beiträge von den Menschen, die arbeiten, und über Steuern bezahlt. Es gibt aber immer weniger Menschen, die bezahlen, und immer mehr Rentner, die über eine längere Zeitspanne Geld bekommen. Dies führt in Zukunft dazu, dass die AHV in Schieflage gerät. Ohne Gegenmassnahmen droht Ungemach. Entweder müssen die Steuern erhöht werden oder es fällt Geld für Bildung, Armee oder andere Staatsaufgaben weg. Dies ist beides keine befriedigende Lösung und belastet künftige Generationen.

Die Jungfreisinnigen haben darum eine Volksinitiative lanciert, die das AHV-Alter an die Lebenserwartung koppeln möchte. Dies ist klug, denn wenn wir länger arbeiten, zahlen die Menschen

mehr Beiträge und beziehen kürzer Rente. Dadurch kann das System stabilisiert und an die sich ändernden Gegebenheiten angepasst werden. In der Sommeression kommt diese wichtige Initiative in den Nationalrat. Leider können die anderen Parteien sich aber nicht überwinden, die FDP in dieser wichtigen Frage zu unterstützen. Man scheut sich, den Wählern reinen Wein einzuschenken, und will keinen indirekten Gegenvorschlag erarbeiten. Dieser hätte das bewährte Mittel der Schuldenbremse aufgenommen und diese für die AHV adoptiert. Dass die «bürgerlichen Partner» SVP, die Mitte und die GLP sich hier schwertun, ist eine Schande.

Notwendiger Ausbau im Agglomerationsverkehr

Es wird in der Sommeression aber nicht nur an der Zukunft der Altersvorsorge gearbeitet. Zwei grosse Infrastrukturvorhaben sollen Engpässe bei der Strasse und der Schiene beheben. Bis 2030 sollen auf dem Nationalstrassennetz Erweiterungsprojekte im Umfang von rund 11,6 Milliarden Franken in

«Es gibt aber immer weniger Menschen, die bezahlen, und immer mehr Rentner, die über eine längere Zeitspanne Geld bekommen.»

Angriff genommen werden. Damit soll der Verkehr endlich wieder rollen. Daneben sollen aber auch 1,6 Milliarden in den Agglomerationsverkehr fließen. Es ist klar, dass beide Schritte nötig sind, um den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung nachzukommen. Die Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen funktioniert ohne leistungsfähige Strassen in abgelegenen Gegenden nicht. Die linke und die rechte Ratsseite müssen sich endlich bewusst werden, dass das Auspielen von Strasse gegen Schiene ein Irrweg ist. Es braucht beide Verkehrsträger. Was es hingegen nicht braucht, ist unökologischen und teuren Stau.

Mantelerlass auf der Zielgeraden

Eine weitere Runde dreht der Mantelerlass. Das Gesetzesvorhaben, das die Versorgungssicherheit mit Elektrizität in den kommenden Jahren sichern soll, kommt wieder in den Ständerat. Läuft alles nach Plan, dann ist dieses wichtige Projekt im Herbst beendet und kann so bald wie möglich in Kraft treten. Dank diesem Gesetz kann mit dem Ausbau der vernachlässigten Stromproduktion begonnen werden und die Schweiz ist einen Schritt näher an einer Stromversorgung, die diesen Namen verdient.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

Basel-Stadt mit seiner starken Pharmaindustrie gehört zu den Kantonen, die von der OECD-Mindeststeuer besonders stark betroffen sind. Foto: iStock/Gabriel Brodbeck



Ja zur OECD-Mindeststeuer

Zusätzliche Mittel in der Schweiz behalten

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über die nationale Umsetzung der OECD-Steuerreform ab. Damit sollen internationale Grossunternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro künftig zu mindestens 15 Prozent besteuert werden. Setzt die Schweiz diese Mindeststeuer nicht um, dürfen andere Staaten die fehlenden Steuern zu sich holen. Die Ausgangslage ist klar: Nur mit einem Ja behalten wir die zusätzlichen Steuereinnahmen in der Schweiz.

Grosse, internationale Unternehmen unterliegen international künftig einer Mindestbesteuerung von 15 Prozent. Darauf haben sich rund 140 Staaten inklusive der Schweiz in einem Projekt der OECD/G20 geeinigt. Bundesrat, Parlament und die Kantone sind der Meinung, dass dieser Weg gangbar ist und die Nachteile verkraftbar sind. Mit der Reform bezahlen die betroffenen Unternehmen ihre zusätzlichen Steuern in der Schweiz, im Gegenzug werden die Firmen vor Zusatzbesteuerung und Steuerverfahren im Ausland geschützt.

Eine Lösung der Vernunft

Das schweizerische Umsetzungsprojekt ist sowohl positiv wie auch negativ. Es ist eine Vernunftlösung. Die Schweiz hat die Mindestbesteuerung nicht gesucht, und ob damit tatsächlich mehr Steuerfairness erreicht wird, ist längst nicht sicher. Wenn die Schweiz von ihren grossen Firmen mindestens 15 Prozent Gewinnsteuer nach den Vorgaben der OECD verlangt, dann bleiben die Steuereinnahmen in der Schweiz, andere Staaten erhalten kein Besteuerungsrecht. Deshalb ist die Umset-

zung der Mindeststeuer im Interesse der Schweiz. Alle anderen Lösungen würden Steuersubstrat vernichten.

Kritiker behaupten, die Mindestbesteuerung, wie sie vom Parlament beschlossen wurde, sei ungerecht und dass nur wenige wohlhabende Kantone profitieren würden. Das ist falsch: Die Einnahmen aus der Mindeststeuer werden von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden geteilt. 25 Prozent stehen dem Bund zu. 75 Prozent bleiben in den Kantonen, die wiederum ihre Städte und Gemeinden angemessen beteiligen müssen. Zudem werden die Zusatzeinnahmen im Nationalen Finanzausgleich berücksichtigt. So profitieren alle Kantone von Mehreinnahmen.

Von linker Seite kommen auch sachlich falsche Argumente. So unterstellt die SP, die eine Höherbesteuerung von Grosskonzernen stets gefordert hat, dass der Bund nach einem Nein am 18. Juni die exakt gleiche Vorlage noch einmal vors Volk bringt, diesmal mit einem höheren Bundesanteil. Demokratie- wie staatspolitisch wäre das höchst fragwürdig, schliesslich kennt niemand mit Sicherheit die Beweggründe der Stimmenden.

Standort Schweiz weiter stärken

Der Kompromiss, wie er nun vorliegt, beruht auf einer hart erarbeiteten Einigung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden und wurde nach intensiven Beratungen von den eidgenössischen Räten so beschlossen. Ein höherer Bundesanteil ginge zulasten von Kantonen, Städten und Gemeinden. Das könnte dazu führen, dass die Kantone auch eigene Steuererhöhungen umsetzen, deren Erträge nicht geteilt werden. Der Bund ginge leer aus. Eine Neuauflage würde zudem langwierige innenpolitische Verhandlungen erfordern.

Von der Verwendung der Zusatzeinnahmen würden nur Firmen und Reiche profitieren, so das unsachlichste Argument der Kritiker. Fakt ist, dass sich die Schweiz – auch dank einer attraktiven Steuerpolitik – in den letzten 30 Jahren zu einem der weltbesten Wirtschaftsstandorte entwickelt hat mit einer Schere zwischen Arm und Reich, die sich nicht öffnet, sondern schliesst. Die Löhne sind rekordhoch, die Steuerzahlungen der Unternehmen sind stark angestiegen und haben das stetige Wachstum der staatlichen Leistungen etwa im Sozial- und Bildungswesen und dem Service Public massgeblich finanziert. Es ist die Schweizer Bevölkerung, die davon profitiert, dass die Rahmenbedingungen für die Firmen in der Schweiz gut sind. Und diesen Standorterfolg gilt es deshalb unbedingt zu wahren. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer bringt Bund und Kantonen Mittel ein, um die Standortattraktivität der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen. Ein Ja am 18. Juni garantiert, dass die Steuermilliarden aus der Mindestbesteuerung in der Schweiz bleiben. Davon profitieren alle.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Für einen wirksamen Klimaschutz

Ja zum Klimagesetz

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über das Klimagesetz ab. Die FDP sagt Ja zu einem guten Kompromiss, weil es unseren Forschungsstandort stärkt, Lösungen bietet und zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 beiträgt.

Das Verdikt in Kreuzlingen war deutlich: Mit 234 Ja zu 51 Nein bei 5 Enthaltungen fassten die Delegierten der FDP Schweiz die Ja-Parole zum Klimagesetz. Das Klimagesetz, über das am 18. Juni abgestimmt wird, ist ein klassisch schweizerischer Kompromiss. Als indirekter Gegenvor-

schlag zur Gletscherinitiative übernimmt das Klimagesetz die Ziele des Volksbegehrens, verzichtet aber auf die weitgehenden Forderungen wie zum Beispiel ein generelles Verbot fossiler Energien. Das Klimagesetz dagegen setzt hauptsächlich auf Anreize statt Verbote, Innovation statt Technolo-

gieverweigerung und Eigeninitiative statt staatlicher Intervention. Darüber hinaus sieht der Gegentwurf zwei Programme vor, die in der Initiative nicht enthalten waren. Mit dem Technologie- und Innovationsprogramm wird die Schweizer Wirtschaft im Strukturwandel unterstützt.

Griffige Massnahmen statt Verbote

Beteiligte Unternehmen erhalten Unterstützungsgelder von insgesamt 1,2 Mrd. Franken. Diese Investitionen stärken den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz. Mit dem Sonderprogramm für den Heizungersatz werden 2 Mrd. Franken zur flächendeckenden Heizungssanierung zur Verfügung gestellt. Das Rahmengesetz ist nicht perfekt, aber es ist pragmatisch. Denn die komplexen Probleme unserer Zeit erfordern pragmatische Lösungen. So können wir unsere Ziele mit einem Gesetz erreichen, das ernsthafte und greifbare Massnahmen vorsieht und gleichzeitig auf eine Verbotspolitik sowie neue Steuern und Abgaben verzichtet. Durch eine flexible Umsetzung schafft das Gesetz Planungssicherheit und lässt gleichzeitig einen erheblichen Handlungsspielraum, insbesondere für Unternehmen. Das Gesetz skizziert tatsächlich den Weg zum Netto-Null-Ziel bis 2050. Die Schweiz hat sich auf internationaler Ebene mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet, das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Die FDP unterstützt diesen Ansatz und sagt deshalb Ja zum Klimagesetz.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

3x JA

Ja zur OECD-Reform
Ja zum Innovation- und Klimagesetz
Ja zum COVID-19 Gesetz

FDP
Die Liberalen

18. Juni
Abstimmung



Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir 70% der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy



Die Mitarbeitenden des Generalsekretariats kämpfen täglich gemeinsam für eine liberale Schweiz.
Foto: Alessia Wehrli



Das Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern ist die Drehscheibe der Partei. Hier laufen die Fäden der FDP zusammen, hier läuft der freisinnige Motor auf Hochtouren. Ein Streifzug durch die vielfältigen Leistungen, die das Generalsekretariat erbringt.

Während frühmorgens noch zahlreiche Pendler durch die Berner Neuengasse eilen, hat Generalsekretär Jon Fanzun bereits die erste Telefonkonferenz mit der Parteileitung um Parteipräsident Thierry Burkart hinter sich. Damit die unterschiedlichen Themen und Aufgaben der FDP optimal bespielt werden können, ist ein regelmässiger Austausch zwischen der politischen Leitung der Partei und der operativen Ebene im Generalsekretariat mit seinen 25 Mitarbeitenden unerlässlich.

Vollgas für den Wahlkampf

Während Jon Fanzuns Tage durch Sitzungen, Mails, Telefonate und kurzfristige Entscheidungen durchgetaktet sind, rauscht sein Stellvertreter und Wahlkampfleiter Adrian Michel durch den langen Büro-Korridor. Die Wahlen rücken näher und sein Puls steigt wöchentlich. Was kommt in den nächsten Newsletter für die Kandidierenden? Wo steht die Agentur mit der Gestaltung der Hauswurfsendung? Welche Themen wollen wir in den nächsten Wochen bespielen und worauf muss die FDP mit klaren Positionen reagieren? Diese und unzählige Fragen stellt und beantwortet Michel oft innerhalb

einer Stunde eines durchschnittlichen Arbeitstages. Zusammen mit seinem Team schwört er das ganze Generalsekretariat auf den Wahlkampf ein und orchestriert mit grossem Einsatz und immer unter Strom die FDP-Wahlkampagne. Schliesslich gilt es am 22. Oktober ein hoch gestecktes Ziel zu erreichen: Sitzgewinne in beiden Kammern und die SP als zweitstärkste Partei überholen.

Einsatz für den Abstimmungssieg

Bevor im Oktober der Höhepunkt des Schweizer Polit-Jahres ansteht, finden am 18. Juni die nächsten Abstimmungen statt. Als Campaignerin im Kampagnenteam hat sich Sara Figuera diesen Termin in der Agenda dick angestrichen. Damit eine Abstimmungskampagne ins Rollen kommt, braucht es sorgfältige Vorbereitung und danach heisst es Dranbleiben bis die Abstimmungsurnen schliessen. Sara Figuera, die sich um die Koordination des Abstimmungskampfes in der Romandie kümmert, organisiert Testimonials, schreibt Argumentarien, wertet Umfragen aus und bereitet die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Podien und Medienauftritte vor.

Wissen im Hintergrund

Lange bevor eine Abstimmungsvorlage an die Urne kommt, vertiefen sich die wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Fraktionsteams darin. Sie haben den Überblick über die unzähligen Parlamentsgeschäfte und wissen stets welcher Vorstoss sich in welchem parlamentarischen Stadium befindet und welche Themen in den Kommissionen aktuell sind. Geht es um die Themen Gesundheitspolitik, Altersvorsorge und Verkehr ist Matia Demarmels die richtige Ansprechperson im Generalsekretariat. Als Verantwortlicher der Verkehrs- und Fernmeldekommission sowie der Sozial- und Gesundheitskommission kennt sich Demarmels mit den Regulierungen im Gesundheitswesen ebenso aus wie mit den Ausbauplänen für Strasse und Schiene. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter steht er im regen Austausch mit den Fraktionsmitgliedern, bereitet Geschäfte vor und schreibt Vernehmlassungen. Seine Arbeit bleibt meist im Hintergrund und doch braucht es für politische Mehrheiten oft öffentliche Aufmerksamkeit. Verfasst Matia Demarmels beispielsweise eine Fraktionsmotion, soll diese auch mediale Aufmerksamkeit generieren.

Kommunikation auf allen Kanälen

Hierfür arbeitet er Hand in Hand mit Kommunikationschef Arnaud Bonvin zusammen. Gemeinsam formulieren sie eine Medienmitteilung, die die wichtigsten Punkte des Anliegens aufnimmt und möglichst viel Wiederhall in den Medien findet. Längst bespielt die FDP nicht nur die klassischen Medien, sondern auch die breite Palette von Social Media. Dort gilt die Devise: Video first. Arnaud Bonvin schickt also unseren Mediamatiker Jannik Kaiser mit der Kamera ins Bundeshaus. Dort trifft er ein Mitglied der FDP-Fraktion für eine Videoaufnahme zu den Forderungen der Fraktionsmotion, damit das Anliegen auch auf Social Media Gehör findet. Nicht immer verläuft die Arbeit auf dem Generalsekretariat nach klaren Terminen und Plänen.

Oft genug kommt es aber vor, dass die Aktualität alles über den Haufen wirft und Improvisation gefragt ist. Gerade dann kommt die Stärke des Generalsekretariats aber erst recht zum Vorschein. Die Teams greifen wie Räder ineinander und innert kurzer Zeit ist die FDP auf Kurs und besetzt die richtigen Themen mit der richtigen Botschaft.

Marco Wölfli

Neu gewählt

Anne Hiltbold gewann für die FDP den zweiten Regierungssitz im Genfer Staatsrat zurück.



«Ich kenne nur Frauenmehrheiten»

Anne Hiltbold ist neue Genfer Staatsrätin

Bisher war Anne Hiltbold in der Exekutive der Stadt Carouge, neu ist sie Teil der Genfer Kantonsregierung. Im Interview spricht sie über Druck im Vorfeld der Wahl, wieso ihre ruhige Art kein Nachteil ist und welche Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit nötig sind.

Ende April wurden Sie vor drei Bisherigen in den Genfer Staatsrat gewählt. Wie erklären Sie sich diese Glanzwahl?

Die Wahl ist die Folge einer tollen Kampagne zusammen mit der wiedergewählten Staatsrätin Nathalie Fontanet. Wir beide haben uns optimal ergänzt und die Bevölkerung mit konkreten Vorschlägen in Bezug auf die Kaufkraft und spezifisch Eltern angesprochen. Zudem habe ich meine Kampagne in den sozialen Medien mit vielen Kurzvideos zu meinen Ideen und über meine Wahlkampfveranstaltungen geführt.

Erklärtes Ziel der FDP Genf war es, den zweiten Regierungssitz zurückzugewinnen. Haben Sie deshalb Druck verspürt?

Ich spürte einen gewissen Druck, gerade auch weil es viele Kandidierende und im ersten Wahlgang kein Bündnis gab. Ich wäre sehr enttäuscht

gewesen, wenn es aus diesem Grund nicht geklappt hätte.

Worauf freuen Sie sich als Staatsrätin am meisten?

Ich freue mich auf mein Departement, die Bildungsdirektion, aber auch auf die Mitarbeitenden und darauf, Ideen aus dem Wahlkampf in der Praxis umzusetzen.

Im Genfer Staatsrat gibt es neu eine Frauenmehrheit, die Stadtregierung von Carouge, der Sie angehörten, besteht sogar ausschliesslich aus Frauen. Gibt es Unterschiede zu Gremien mit einer Männermehrheit?

Ich bin stolz darauf, Teil einer Frauenmehrheit im Staatsrat zu sein. Da ich in Exekutiven war, die ausschliesslich oder mehrheitlich von Frauen besetzt waren, kenne ich es gar nicht anders. Ich bin überzeugt, dass auch die neue Konstellation des

«Es braucht mehr Bautätigkeit und Verdichtung.»

Staatsrates gut funktionieren wird. Wenn ich dabei mithelfen kann, dass Frauen in Führungspositionen nicht mehr als Ausnahme wahrgenommen werden, umso besser! Ich muss aber auch zugeben, dass eine Veranstaltung der FDP Frauen ausschlaggebend war, mich definitiv für die Kandidatur zu entscheiden.

In den Medien wurden Sie teilweise als ruhig und zurückhaltend beschrieben. Müssen Sie Ihren Stil ändern, um in der teilweise lauten Kantonspolitik zu bestehen?

Ich denke, das Wichtigste ist, sich selbst zu bleiben. Es stimmt, dass laute Parolen nicht unbedingt meinem Charakter entsprechen, aber meine Persönlichkeit hat mich nicht daran gehindert, gewählt zu werden. Viele Menschen haben mir geschrieben, dass Sie mein Einfühlungsvermögen und meine Authentizität im Wahlkampf geschätzt haben. Ich glaube deshalb nicht, dass ich meinen Stil ändern muss. Wichtig ist es, klare Ziele zu haben und Entscheidungen zu treffen, hinter denen ich stehen kann.

Als stellvertretende Generalsekretärin der Genfer Immobilienkammer sind Sie mit dem Thema Wohnungsknappheit vertraut. Welche Massnahmen braucht es, um die Wohnungsnot zu lindern?

Es braucht mehr Bautätigkeit und Verdichtung. Insbesondere müssen wir höher bauen und mit dem Boden sparsamer umgehen. Es muss auch möglich sein, bestehende Gebäude aufzustocken. Wichtig wären auch passende Wohnungen für Senioren, damit sie ihre oft zu grossen Wohnungen zugunsten von Familien freigeben können.

Die Wahlerfolge von Ihnen und Nathalie Fontanet zeigen, dass die Genfer Bevölkerung FDP-Kandidatinnen vertraut. Ist das ein positives Zeichen im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober?

Ich hoffe es! Mit der Kandidatur von Simone de Montmollin für den Ständerat und den anderen fünf Persönlichkeiten, die für den Nationalrat kandidieren, sind wir gut aufgestellt. Ich bin überzeugt, dass wir auch im Oktober das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

OECD-Mindeststeuer



JA

Klima-Gesetz



JA

Covid-Gesetz

Ja zum Covid-Gesetz

Am 18. Juni stimmt die Schweiz zum dritten Mal über das Covid-Gesetz ab. Das Parlament entschied sich Ende 2022, einzelne Bestimmungen des befristeten Covid-Gesetzes bis Mitte 2024 zu verlängern. Dabei geht es unter anderem darum, dass der Bund wichtige medizinische Güter beschaffen oder herstellen kann und Ausnahmen bei der Einführung von Heilmitteln gewährt werden können. Ebenfalls soll die Swiss-Covid-App weiterhin international

kompatibel bleiben, falls andere Länder Massnahmen verhängen. Die FDP hat der Verlängerung mit grossem Mehr zugestimmt. Für die FDP war ausschlaggebend, dass gefährdete Personen und das Gesundheitssystem nötigenfalls rasch geschützt werden können und die Reisefreiheit bewahrt werden kann, falls andere Länder Einschränkungen beschliessen. Die Parteiprääsidentenkonferenz hat am 5. Mai die Ja-Parole beschlossen.



KOLUMNE

Unheilige Allianz zum Schaden der Schweiz



Die ausserordentliche Session zur Rettung der Credit Suisse war ein trauriges Beispiel für die Selbstdarstellung von gewissen Parlamentsmitgliedern.

Die Rettung der Credit Suisse ist ein einschneidendes Ereignis für unser Land, die Bevölkerung und die Wirtschaft. Garantien in der Höhe von 109 Milliarden Franken sind kein alltägliches Geschäft und die ausserordentliche Session war deshalb wichtig und notwendig. Die FDP hatte von Beginn weg eine klare und kritische Haltung. Auch ich bin wütend auf das Topmanagement der Credit Suisse und kritisch gegenüber der staatlichen Intervention, die nötig war. Zudem Sorge ich mich um die vielen Angestellten. Es ist ausserdem frustrierend, dass die 2008 beschlossenen Regulierungen nicht ausreichten, um ein erneutes Eingreifen des Bundes zu verhindern.

Die FDP hat auch kritische Fragen gestellt, aber darob niemals ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft vergessen und sich stets für eine konstruktive Politik eingesetzt. Dazu gehört auch eine gewisse Bescheidenheit. Denn noch ist nicht restlos geklärt, was die genauen Auslöser und Umstände waren, die die CS-Rettung notwendig gemacht haben, und welche Massnahmen nun tatsächlich ergriffen werden müssen.

Die FDP nimmt ihre Verantwortung wahr, weil es der Daseinszweck einer Partei ist, der Bevölkerung zu dienen. Leider haben in der ausserordentlichen Session nicht alle Parteien diese Verantwortung wahrgenommen. Die Ablehnung der CS-Kredite durch SVP und Linksgrün war feige, da die Finanzdelegation bereits zugestimmt hat. Die Polparteien konnten also gefahrlos Nein sagen, ohne Konsequenzen zu fürchten. Paradoxe Weise war das nur möglich, weil eben die Finanzdelegation ihre Verantwortung wahrgenommen hat. Die FDP ist die Partei, die Verantwortung übernimmt und die Arbeit erledigt. Das haben wir einmal mehr unter Beweis gestellt.

Johanna Gapany,
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

NEU: ALLWETTERLEICHTPLAKATE® AUS RECYCLINGMATERIAL

Gestalten Sie Ihre Aussenwerbung noch nachhaltiger mit unseren Allwetterleichtplakaten® aus Recyclingmaterial:

- 600g/m² Hohlkammerplatten mit hohem Recyclinganteil
- Weisse Vorderfläche, graue Rückseite – bessere Opazität
- 100% wetterfest und 100% recycelbar
- Erhältlich für alle Formate (Standard, Freeform, Faltschilder)

Allwetterleichtplakat®
Von A1 bis F4 erhältlich.



Allwetterleichtplakat® Freeform
In jeder Wunschform erhältlich.



Jetzt entdecken auf
flyerline.ch/recycling-awlp

gedruckt in der
schweiz



flyerline.ch
Mehr als eine Online-Druckerei